

*Le Conseil fédéral
au Chargé d'affaires de Suisse à Paris, J. Barman*

L

Berne, 9 juillet 1853

Par notre dépêche du 1^{er} de ce mois¹, nous vous avons informé de l'état des choses relativement au conflit avec l'Autriche. Les feuilles publiques reproduisant la nouvelle d'une solution prochaine des différends existants entre l'Autriche et la Suisse, ainsi que des bases préalablement discutées devant servir à un arrangement, nous croyons devoir vous donner encore quelques détails au sujet de ce qui s'est passé à cet égard.

Le vrai de la chose ne consiste que dans la circonstance que les ministres de France et d'Angleterre, MM. le Comte de Salignac-Fénelon et Christie ont cherché à connaître les dispositions du Conseil fédéral sur la manière dont les différends pourraient être aplanis amiablement pour être à même de faire par l'intermédiaire des légations française et anglaise des communications au cabinet de Vienne et y joindre leurs propositions, à teneur desquelles ils croient pouvoir procurer une solution amiable. Il n'y a pas eu de délibération à ce sujet au Conseil fédéral. Ensuite de ces communications, M. le Comte Buol a fait des ouvertures aux dites légations² qui portent en substance que dans le cas où le canton du Tessin assurerait une pension viagère aux capucins qui en ont été renvoyés, les autres difficultés pourraient être facilement aplanies. En conséquence, le Conseil fédéral a fait demander par le Commissaire fédéral au Gouvernement du Tessin³, s'il serait disposé à accorder la pension viagère sollicitée. La question de savoir si les différends existants pourront être aplanis amiablement dépendra donc essentiellement de la décision du gouvernement, respectivement du Grand Conseil du canton du Tessin, ainsi que des délibérations et résolutions de l'Assemblée fédérale.

1. *Non reproduite.*

2. *Cf. annexe.*

3. *Cf. la lettre du Conseil fédéral à Bourgeois-Doxat du 28 juin 1853 (E 2/354).*



9 JUILLET 1853

381

ANNEXE

E 2/354

*Le Ministre de Grande-Bretagne à Vienne, Lord Westmoreland,
au Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères de Grande-Bretagne, Lord Clarendon⁴*

Copie et traduction

L No. 248

Wien, 21. Juni 1853

Meine an Ihre Lordschaft gerichtete Depesche Nr. 243 wird Sie in den Stand gesetzt haben, die Gefühle des Grafen Buol bezüglich der Mittheilungen, die ich ihm nach Anleitung Ihrer Depesche Nr. 140 über die Angelegenheiten der Schweiz gemacht habe, zu kennen.

Ich habe nun die Ehre zu berichten, dass in Folge der in Ihrer Lordschaft Depesche Nr. 160 enthaltenen Weisungen ich dem Grafen Buol das von Hrn. Christie über die zwischen den Regierungen von Östreich und der Schweiz strittigen Punkte das entworfene Memorandum, das dieser Depesche beigegeben ist, mittheilte und ihm erklärte, Sie seien der Ansicht, es möchte dasselbe als Grundlage einer Aussöhnung mit der Schweiz angenommen werden, und von welcher hohen Wichtigkeit es sei, dass die Differenzen, welche jetzt zwischen den beiden Regierungen bestehen, vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung im Juli beigelegt werden.

Nach dem Durchlesen des Memorandums erklärte Graf Buol, dass zwischen den in diesem Documente und den von Hrn. von Fénelon entworfenen Vorschlägen, die ihm auf Befehl der französischen Regierung durch Hrn. v. Bourqueney mitgetheilt worden waren, nur leichte Abweichungen bestehen, (durch Hrn. Bourqueney), dem er bereits erwiedert hatte, dass er vollkommen bereit sei, dieselben im Allgemeinen als Grundlage einer Unterhandlung anzunehmen. Doch bemerkte er, dass es einige Abweichungen zwischen den Vorschlägen des Hrn. Fénelon und des Hrn. Christie gebe, so in Bezug auf den Wunsch der Bundesregierung, dass Herr Oberst Bourgeois seine Mission, mit der sie ihn gerne betreuen würde, mit Unterhandlungen in der Lombardei beginne.

Dieser Wunsch war durch Hrn. von Fénelon nicht erwähnt und Graf Buol erklärte, dass er deshalb froh war, weil er nicht gewährt werden könne, ausgenommen insofern dieser Offizier durch dieses Land reisen und eine Zusammenkunft mit den dortigen Behörden haben wollte, dass aber die Unterhandlung in Wien stattfinden müsste, und in der That könnte Oberst Bourgeois in der Lombardei keine vorläufige Aussicht auf Lösung der bestehenden Differenzen erhalten, hinsichtlich nämlich der Versicherungen, die Graf Buol gab, dass er auf die ihm vorgelegten Vorschläge hin bereit sei, mit demselben zu unterhandeln, in der Hoffnung, zu einer befriedigenden Beilegung zu gelangen. Was die streitigen Fragen zwischen den beiden Regierungen betrifft, wie sie in Hrn. Christies Memorandum dargelegt sind, so erklärte Graf Buol in Bezug auf die erste, dass er eine allgemeine Erklärung betreffend die Entfernung der italienischen Flüchtlinge aus dem Kt. Tessin in Übereinstimmung mit dem Beschluss der Bundesversammlung von 1848 erwarte; indem er diese Erwartung aussprach (welche er als auf eine bereits zugestandene Forderung begründete betrachtete) meinte er, keineswegs die tessinische oder Bundesregierung von der Aufstellung von Ausnahmen gegen diese allgemeine Verpflichtung auszuschliessen, vorausgesetzt dass sie zugeben, dass diese Ausnahmen mit der österreichischen Regierung besprochen würden, und es Wahrscheinlichkeit sei, dass keine der Personen, für welche jene Regierungen eine Ausnahme vorschlagen würden, oder welche sich gegenwärtig im Kanton Tessin aufhalten, Gegenstand einer Einwendung sein würde.

In Bezug auf die zweite im Streit liegende Frage erklärte Graf Buol, dass er nichts einzuwenden habe, indem er glaube, dass sie durch eine Unterhandlung leicht in Übereinstimmung gebracht werden könne; alles, was er verlange, sei die Gewissheit, dass die Personen, gegen welche hinlängliche Beweise vorgelegt werden, aus der Schweiz entfernt werden und dass sie nicht zurückkehren könnten; er würde es der Bundesregierung überlassen, den Modus festzustellen, nach welchem sie dies zu erfüllen vorschlagen würde.

4. *Ce rapport a été envoyé par Clarendon à Christie le 28 juin 1853 pour être remis au Président de la Confédération. Ces pièces n'ont été retrouvées qu'en traduction allemande.*

In Bezug auf die dritte Frage, welche die ausgewiesenen Mönche betrifft, erklärte Graf Buol, dass, wenn der Arrangement-Vorschlag, der von Hrn. Christie erwähnt wurde und der nach der Überzeugung des Obersten Bourgeois von der Tessiner Regierung wahrscheinlich genehmigt werden dürfte, in Ausführung gebracht würde, der Blokus des Kantons Tessin unmittelbar aufhören und die Angehörigen des Tessins, welche in die Lombardei zurückzukehren wünschten, zu gleicher Zeit die nöthige Erlaubnis erhalten würden.

In Bezug auf das neue Gesez, welches durch den Grossen Rath des Kantons Tessin über die Aufsicht der Fremden im Kanton angenommen worden, erklärte Graf Buol, dass, weil er dasselbe noch nicht gesehen habe, er keine Meinung darüber aussprechen könne; allein dass er, indem er auf keine Weise den Wunsch gehabt, auf die innere Leitung der Schweizerstaaten einzuwirken, er befriedigt sei mit Wohlwollen die Regulirungen aufzunehmen, welche in der Absicht aufgestellt würden, diese Staaten in den Stand zu sezen, dass sie die freundschaftlichen Verhältnisse mit ihren Nachbarn aufrecht erhalten könnten, die zum Vortheil aller betreffenden Partheien so wesentlich seien.

Baron Bourqueney hat mich in Kenntniss gesetzt, dass er in Folge von Weisungen, die er von Hrn. Drouyn de Lhuys erhalten, dem Grafen Buol die von Hrn. von Fénelon gemachten Vorschläge vorgegangen und dabei erklärt habe, dass seine Regierung keineswegs gesinnt sei, dieselben als Vermittlungsvorschläge in dem Streit, der jezt zwischen Östreich und der Schweiz walte, zum Vorschein zu bringen, dass er aber aus Freundschaft und mit dem Wunsche, eine Aussöhnung zwischen zwei Staaten, die so enge mit Frankreich verbunden sind, beauftragt sei, ihm die Vorschläge vorzulegen, die von Hrn. von Fénelon entworfen und auf die Mittheilung gegründet seien, die er von den Mitgliedern der Bundesregierung erhalten und von der er eingesehen, dass sie zur Beendigung der wirklich bestehenden Differenz führen könne.

Indem ich diese Depesche schliesse, glaube ich mit Recht Ihrer Lordschaft zu bemerken, dass ich Hrn. Buol von der grössten Bereitwilligkeit fand, den in Ihrer Depesche ausgesprochenen Empfehlungen seine Aufmerksamkeit zu schenken und dass er den ängstlichen Wunsch aussprach, dass er durch die Erklärungen nun ein befriedigendes Ende zugestanden habe, zu dem der Zwist mit der Schweiz kommen könne.